

politik

Die wichtigsten News der Woche im Überblick

markus pühringer



Politik-Chef von FORMAT

Spiel mit der Angst

In einer neuen Imas-Umfrage kommt wieder einmal schön zum Ausdruck, wie man mit der Uninformiertheit der Bevölkerung Ängste schüren kann und wird. Konkret wurde vom Linzer Meinungsforschungsinstitut erhoben, wie die Österreicher zur Öffnung des Arbeitsmarktes ab Mai für acht neue EU-Länder (unter anderen Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien) stehen. Ergebnis: 71 Prozent haben Angst vor der billigen Konkurrenz aus dem Osten. Ein Ergebnis, wie es besser nicht ausfallen könnte für alle Angstmacher in Politik und Boulevard. In den nächsten Monaten werden sie uns zum wiederholten Male erklären, wie die anständigen Österreicher ihre Jobs an den polnischen Klempner, die ungarische Köchin und den tschechischen Arzt verlieren werden. Allein: Die Sorge ist unbegründet, weil es keine Einwanderungsflut aus dem Osten geben wird. Das zeigen die Geschichte und ein Blick auf die Lohnentwicklung in diesen Ländern. Menschen verlassen ihre Heimat nicht wegen 200 Euro netto mehr. Von Wirtschaftsseite freut man sich sogar auf die Öffnung am Arbeitsmarkt: weil bitter nötige Fachkräfte ins Land kommen. Panikmache wird es mutmaßlich trotzdem geben.

Volksbegehren erst im Herbst

Das Bildungsvolksbegehren des Industriellen Hannes Androsch lässt auf sich warten. Gegenüber FORMAT sagt Androsch, dass er mit der Abhaltung des Volksbegehrens erst im September rechnet. Der Grund dafür sind weniger taktische Überlegungen als schlicht ein nüchterner Blick in den Kalender. Der bisherige Plan sah vor, das Volksbegehren im Juni abzuhalten. Der hat heuer allerdings mit Christi Himmelfahrt, Pfingsten und Fronleichnam gleich drei Wochen mit Feiertagen im Programm. Kein guter Zeitpunkt für die Eintragswoche, wie Androsch erläutert: „Einerseits sind in einer Feiertagswoche die Menschen mehr in Urlaubsstimmung als mit Engagement am Bezirksamt, um ein Volksbegehren zu unterschreiben. Außerdem würde es wegen der Überstunden am Feiertag mehr kosten, wenn wir das Volksbegehren dann durchführen.“ Der Leiter für Wahlangelegenheiten im Innenministerium, Robert Stein, bestätigt: „Administrativ wäre ein Abwickeln des Volksbegehrens in einer Feiertagswoche im Juni nicht einfach und eine Neuheit.“ Die Konsequenz daraus: „Wir werden das Volksbegehren in der zweiten Septemberhälfte abhalten“, sagt Androsch. Im Gegenzug will er aber



HANNES ANDROSCH. Das Bildungsvolksbegehren kommt nicht wie geplant im Juni, weil der heuer zu viele Feiertage hat, sondern erst im September.

nun die Frist für Unterstützungserklärungen bis Juni ausdehnen. Die Unterschriften dafür werden als Stimmen für das Volksbegehren angerechnet.

Die Überlegungen Androschs dürften auch für die SPÖ und ihre Volksbefragungs-Kampagne zur Wehrpflicht eine Rolle spielen. Zu erwarten ist, dass man auch in der SPÖ-Zentrale in der Löwelstraße zum Schluss kommt, dass der Juni kein günstiger Zeitpunkt ist. Gut möglich, dass die Österreicher erst im September direkt demokratisch tätig werden können: dafür aber gleich zu zwei Themen.

OGM-Umfrage: 60 Prozent sind trotz Stillstand gegen vorgezogene Neuwahlen



Der Idee vorgezogener Neuwahlen kann eine klare Mehrheit der Österreicher nichts abgewinnen. Ganze 60 Prozent der von OGM Befragten wollen nicht vorzeitig zu den Urnen gerufen werden, obwohl die derzeitige Performance der Regierung von gegenseitigen Blockaden und Reformstaus geprägt ist. Für OGM-Expertin Karin Cvrtila rührt die Ablehnung daher, dass Wahlzeiten und Wahlen bei den Österreichern sehr unbeliebt sind. Nur 28 Prozent befürworten den Vorschlag, die Wahlen vorzuziehen. „In dieser Gruppe finden sich naturgemäß am ehesten Wähler der Oppositionsparteien“, meint Karin Cvrtila.

OGM* Frage der Woche

„Der Regierung wird Stillstand und gegenseitige Blockade vorgeworfen. Sind Sie angesichts dessen für oder gegen vorgezogene Neuwahlen?“
(Basis: 500 Befragte ab 18 Jahren, Angaben in Prozent)

